

Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 23 (1927)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595071>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Die deutsche Sprache gehört zu den Unterlegenen des Weltkrieges. Sie war ein Bundesgenosse der geschlagenen Völker, sie muß sich langsam wieder in die Höhe arbeiten. Wie geht es ihr jetzt?

Wie geht es ihr in der Schweiz, zunächst unter den deutschen Schweizern? Nicht so oft, wie wir gern möchten, stoßen wir da auf ein Zeugnis von warmer Liebe oder stolzer Wertschätzung der Muttersprache; an ihrer Schädigung aber durch nachlässige Behandlung, durch geschmacklose Fremdwörterei und auch durch ungebührliche Bevorzugung anderer Sprachen nehmen so ziemlich alle Stände unseres Volkes in irgend einer Weise teil. Ist es z. B. nicht bedauerlich, wenn in einem Vortrag über ein Stück Reformationsgeschichte, in der Kirche, zwischen zwei geistlichen Liedern, der aus den Niederungen des Zeitungs- und Vereinsdeutsch stammende Ausdruck „schlecht abschneiden“ zu hören ist? Ein Wort, das der Wind alsbald verweht, aber ein Zeichen, daß auch das sonst so starke Stilgefühl des gottesdienstlichen Lebens Schaden gelitten hat. In der Presse etwa ein gutes Wort zugunsten Aschenbrödel's zu finden oder gar etwas gegen den Fremdwörterunfug, bereitet Vergnügen, aber man kommt selten dazu. Die „Schweizerische Technische Zeitschrift“ vom 23. Herbstmonat 1926 hat einmal diesen Ton angeschlagen und auch durch die hoffentlich richtige Behauptung erfreut, daß es in der Technik mit der Fremdwörterei besser geworden sei. Umgekehrt ist es der „Neuen Zürcher Zeitung“ (24. Herbstmonat 1926) gar nicht recht, daß man auch in der Schweiz anfangs Rundfunk für Radio zu sagen, und dasselbe Blatt findet an der Einführung einer neuen Schnellzugsgattung im Reichsbahnbetrieb vor allem zu loben, daß man die Neuerung Expresß genannt und nicht irgend eine Verdeutschung dafür eingeführt habe. Aber an so einer Zeitung arbeiten gar verschiedene Leute, und so macht dann (13. Herbstmonat 1927) einer der Schriftleiter zu einer Rede Mottas in Genf beim Völkerbund die treffliche Bemerkung, wenn man (in einer französischen Rede) Dante italienisch anführe, so dürfte man auch Gottfried Keller deutsch zitieren, „besonders wenn man es so gut kann wie unser

Bundespräsident.“ „Schade um die schöne Wirkung, die damit erzielt worden wäre,“ heißt es dabei.

Einer von denen, die eine heillose Angst vor deutschem Deutsch haben, ist das Berner Stadtratsmitglied Dr. Steinmann. Da hatte nämlich im Rat Dr. v. Fellenberg die Beseitigung entbehrlicher Fremdwörter aus einer in Beratung stehenden Geschäftsordnung beantragt. Darauf „warnt“ der erwähnte Gegner „vor der Verdeutschungswut. Man sollte mit der Sprachreinigung doch nicht allzuweit gehn.“ Der Fellenbergische Antrag fand denn auch wenig Anklang. („Berner Tagblatt“ vom 9. Heumonats 1927). Wo gibt es denn aber in der Schweiz eine Verdeutschungswut? Die welschen Zeitungen, die sich über unser deutsch-französisches Eidgenossenschaftswelsch lustig machen, wissen nichts davon. So meint ein welscher Landsmann (Moniteur de la Boucherie vom 4. Brachmonats 1927): „Informationsbureau, Papierservietten, Hôtelconcierge, Passagebillete, Reelle Tricotagen (que diable cela peut-il bien être?). Encore un petit effort, chers confédérés. Et nous aurons une langue suisse. Et ce sera le français.“ Die „kleine Anstrengung“, die der Verfasser uns empfiehlt, bestünde darin, sagt er weiterhin, daß man statt Seriöser Volontär sagen würde Volontaire sérieux. — Besondere Anerkennung verdient der Mut, mit dem die Zürcher Straßenbahnverwaltung gewagt hat, einen Kraftwagen- (nicht etwa einen Autobus-)Dienst einzurichten und diese Bezeichnung trotz allen Anrempelungen beizubehalten.

Was uns immer wieder schmerzt, ist der Verlust feinen heimischen Sprachgutes, der uns droht durch die leidige Uebung, statt der bodenständigen deutschen *O r t s n a m e n f o r m e n* die fremden zu brauchen; leider stützt uns da auch die reichsdeutsche Presse und Oeffentlichkeit nicht; man kennt draußen diese Namen wie Neuenburg, Neuenstadt, Delsberg, Bruntrut zu wenig mehr, seitdem die Landkarten und Fahrpläne sie nicht mehr geben; es ist auch eine Seltenheit, daß jemand sich für sie wehrt. Die „Wiesbadener Monatsblätter“ des Vereins für das Deutschtum im Ausland haben es (Weinmonats 1927) einmal getan, hoffentlich nicht ganz vergeblich.

Ueber *M u n d a r t u n d S c h r i f t s p r a c h e* findet sich in „Welt und Leben“ (Beilage zum „Aargauer Tagblatt“ und „Aargauer Volksfreund“ vom 19. Hornung 1927) ein Aufsatz „Unsere Muttersprache“, der schon des Verfassers wegen Beachtung verdient: Meinrad Lienert stellt da einige bemerkenswerte Betrachtungen an.

Muttersprache ist ihm die Mundart, das Hochdeutsche nennt er die Schwestersprache, findet aber, mit einem leisen Bedauern immerhin, den Zustand gut, in den wir durch den Anschluß an die Schriftsprache gekommen sind. Im Irrtum ist er wohl mit der Vermutung, die Nachbarvölker hätten „ein durchgängiges Schriftschweizerisch mehr respektiert und, gern oder ungern, um an uns zu kommen, lernen müssen.“ Wie steht es da um die Flamen, an die Lienert einige Zeilen vorher erinnert? Die Nachbarvölker, zumal die wallonischen Landsleute, haben das verselbständigte Flämisch doch bis heute weder „respektiert“, noch gelernt, die Flamen sind ihnen geistig untertan geworden und haben in hundert Jahren ihren harten Befreiungskampf noch nicht zu Ende gekämpft. Lienert fragt auch, offenbar nicht ganz beruhigt über diese Dinge, was wohl in der heutigen deutschen Schweiz werde gesprochen werden, wenn einmal unser Schwyzertütsch nicht mehr lebe, was er als sicher bevorstehend annimmt. Eben weil man so fragen kann, haben sich im Jahre 1904 einige besorgte Schweizer zum Sprachverein zusammengeschlossen. Hübsch liest sich, was Lienert, der Meister in alemannischer Verksunst, von der Brauchbarkeit unserer Mundart sagt. Für die Prosa ist ihm der Mangel an einem Imperfektum schmerzlich; „das sich ewig wiederholende hät oder hei oder händ, isch gsi, isch gange macht mir's in Gottsnamen zu breit, ja ver leiderisch.“ Für den Vers und die Bühne ist ihm der Uebelstand dann nicht mehr so empfindlich. — Für „Heimatschutz“ treten die „Glarner Nachrichten“ ein und meinen, man solle mehr schweizerdeutsch sprechen. Tun wir das immer noch zu wenig? Bei den „Glarner Nachrichten“ ist jedenfalls eher das Schriftdeutsche in Gefahr, denn sie schreiben: „Hat es ein gelehrtern Anstrich, wenn öffentliche Ansprachen in Schriftdeutsch gehalten werden?“

Wie ernst und verständnisvoll die *D e u t s c h L e h r e r* ihre Aufgabe in der deutschen Schweiz auffassen, zeigt eine prächtige Arbeit von Max Zollinger (Zürich) in Heft 6, Jahrg. 41 der „Zeitschrift für Deutschkunde“ (Leipzig). Hoffentlich wird überall in diesem Sinne unterrichtet.

Wenn wir fragen: wie geht es unserer Sprache im Welschland? so ist zu erwähnen, daß die Tagung der schweizerischen Gymnasiallehrer sich mit dem Deutschunterricht in den welschen Schulen befaßt hat; der Berichterstatter, Prof. Dr. Schacht in Lausanne, wohl der berufenste Fachmann, konnte sich weder mit der dem Deutschen gewährten Stundenzahl, noch mit der Lehrweise zufrieden erklären.

In Lausanne hat man der Sekundarschule (école primaire supérieure) eine freiwillige Oberklasse angegliedert, in der die Unterrichtssprache deutsch ist. Damit aus dieser deutschen Klasse in Lausanne weder durch Mißverständnisse noch durch Sagenbildung etwas anderes werde, als was sie ist, sei folgendes festgestellt: 1. es ist keine classe allemande (oder gar école allemande), sondern sie heißt ausdrücklich classe en allemand; 2. sie ist nicht etwa für deutsche Kinder bestimmt, sondern ausdrücklich für solche welsche Schüler, die die französische Schule bis zu Ende besucht und ihr brevet en poche haben; 3. trotzdem es eine deutsche Unterrichtsklasse ist, wird auch da weiter französisch gelehrt. Begründet wird die Schaffung dieser Oberklasse damit, die Welschen seien im wirtschaftlichen Kampf den Deutschen wegen ihrer geringern Sprachkenntnisse unterlegen, es könne auch nicht jeder in die deutsche Schweiz gehen, um da deutsch zu lernen. Sollte nicht auch mitsprechen der Umstand, daß die jungen Welschen nachgerade bei uns nicht mehr deutsch lernen können, weil man zuviel französisch und sozusagen nie hochdeutsch mit solchen Sprachlehrlingen spricht? Erfreulich ist immerhin dieser neue Versuch, dem Deutschen Eingang in die Köpfe, vielleicht sogar auch in die Herzen der Waadtländer zu verschaffen, und angenehm ist es zu hören, deutsch zu können, sei „immer mehr nötig“ (La Tribune de Lausanne und La Suisse 27. April 1927).

Muß versichert werden, daß wir reichlich und redlich Gegenrecht halten? Wir hörten ja eben von den Welschen selbst, daß wir darin voraus seien. Dabei ist die Welschlandgängererei immer wieder ein Verhandlungsgegenstand, hauptsächlich in dem Sinne, daß man die Unternehmung gern fruchtbarer gestalten möchte. Wir hören da („Oltener Tagblatt“ vom 28. Weinmonat 1926) von einer „Vereinigung zur Verbreitung der französischen Sprache“. Eine Anfrage über ihr Wesen und Ziel ist unbeantwortet geblieben; sie scheint nicht in hoher Blüte zu stehen.

Eine Zeitung (Le Pays vom 21. Weinmonat 1926) weiß davon, daß die Basler Behörden französische Sprachkurse für Polizei, Träm-ler usw. einrichten. Die „Arbeiter-Zeitung“ von Schaffhausen (2. April 1927), der „Schweizer Arbeiter“ von Flawil (24. März 1927) bringen Artikel über die Wünschbarkeit einer bessern Ausnutzung der Welschlandzeit, die zweite der genannten Zeitungen mit Andeutungen auch über die Nachteile der ganzen Einrichtung.

Auf dem Gebiet der Sprachenpolitik sind einige bemerkenswerte

Vorfälle zu verzeichnen, zum Teil zugunsten unserer Muttersprache. In Grenchen hat die nicht große, aber rührige welsche Minderheit mit ihrer Forderung einer deutschen Schule einen Mißerfolg gehabt, über den unser Vereinsbericht das Wichtigste sagt. Bemerkenswert ist hier nur noch eins: Der Mißerfolg ist von der sonst so leicht erregbaren welschen Presse recht kurz, merkwürdig sachlich und bescheiden aufgenommen worden. Das läßt sich begreifen und ist kein schlechtes Zeichen; die Begründung der Gemeinde Grenchen, daß eine französische Schule nicht angebracht sei, wie ja auch in den Dörfern des welschen Juras die ansehnlichen deutschen Minderheiten keine deutschen Schulen zugestanden bekämen, war unwiderleglich und ließ sich nicht bestreiten, nachdem man seit Jahrzehnten so oft und so laut die Unzulässigkeit deutscher Minderheitsschulen und die Unverletzlichkeit der Sprachgrenze geltend gemacht hatte. Soviel wir sehen, ist öffentlich nirgends über Ungerechtigkeit geklagt worden.

In der Gemeinde Kennendorf (franz. Courrendlin, Amt Münster) hat es ebenfalls eine Entscheidung in einer Schulfrage gegeben, die uns wichtig ist. Zur Gemeinde gehört der Industrieort Choindez, der eine deutsche Sprachinsel bildet und eine öffentliche deutsche Schule hat. Schulkommission, Gemeinderat und Schulinspektor beantragten nun letzten Sommer, diese Schule von Choindez zu verwelschen. Die Gemeindeversammlung vom 13. August lehnte den Antrag ab; es soll bei der deutschen Schule bleiben. Dazu bemerken die Blätter („Grenchener Tagblatt“ vom 20. August, La Sentinelle vom 19. August, Le Jura vom 18. August), daß der Beschluß mit 100 gegen 98 Stimmen gefaßt worden sei, und daß die Wähler von Kennendorf meist nicht zu der Versammlung erschienen seien, wohl aber in großer Zahl die von Choindez; der Entscheid steht deshalb auf etwas schwachen Füßen. Die Verwelschung der Schule soll damit begründet worden sein, daß „es in einer französisch sprechenden Gegend nützlich sei, den Kindern eine Bildung zu geben, die die Teilnahme am örtlichen Leben erlaubt“. Das läßt sich hören, aber in einer geschlossenen Siedlung wird es eben kaum möglich sein, die Jugend erfolgreich in einer fremden Sprache auszubilden; hierin unterscheidet Choindez sich von Grenchen.

Kein unbilliges Verlangen ist es sicherlich, wenn der „Berner Jura“ (23. Weinmonat 1926) den Wunsch ausspricht, in den Schulen des Städtchens Delsberg mit seiner starken deutschen Minderheit möchten doch deutsche Stunden als Fach eingeführt werden.

Eine Eroberung kann die französische Sprache in Biel verzeichnen. Die Stadt ist amtlich zur — tatsächlich längst geübten — Zweisprachigkeit übergegangen, d. h. das Französische ist jetzt völlig gleichberechtigt. Im Großen Rat des Kantons machte ein Abgeordneter, Bourquin, am 13. Herbstmonat lezthin den Versuch, diese Zweisprachigkeit auch für den Bezirk Biel gesetzlich einzuführen. Die Regierung lehnte das ab, nannte den Bezirk trotz seinen 30% welschen Bewohnern einen praktisch als deutsch zu bezeichnenden Bezirk, wies darauf hin, daß das vorgeschlagene Vorgehen dann auch auf die zu 22 bis 28 % deutschen Aemter des welschen Juras ausgedehnt werden müßte, und sagte beruhigend zu, es solle im Bezirk Biel wie bisher alle nur mögliche Rücksicht auf die welschen Einwanderer genommen werden. Mit dem Versprechen der Regierung, zunächst einmal bei den Behörden Umfrage über allfällige Verbesserungen zu halten, erklärte sich schließlich Herr Bourquin zufrieden. („Bund“ Nr. 393 vom 14. Herbstmonat, « Tribune de Lausanne » vom 14. Herbstmonat.) Ein bekannter Deutschenfresser bemerkt dazu in der « Tribune de Genève » (16. Herbstmonat), man sehe, „wie sehr gerecht unsere bernischen Vandsleute sich zeigen können, wenn man ihnen mit stichhaltigen Gründen komme.“ Der Rat hatte nämlich — wie es scheint stillschweigend — den von Bourquin im Sinne der Regierung abgeänderten Antrag angenommen. Allgemeines Wohlgefallen auf beiden Seiten der Sprachgrenze.

Ich möchte aber Biel nicht verlassen, ohne das Bieler Jahrbuch (1927) zu erwähnen, in dem ein deutscher Aufsatz aus der Feder von Dr. S. Baumgartner und ein französischer von A. Ruenzi die besondere sprachliche Lage von Biel besprechen, d. h. nicht die Bevölkerungsbewegung oder den Kampf um die Macht, sondern die eigentümlichen Schwierigkeiten, die sich für die Bieler aus dem täglichen Gebrauch dreier Sprachen (Mundart, Schriftsprache und Französisch) ergeben, und die erzieherischen Aufgaben, die damit zusammenhängen. Der eine Verfasser geht vom deutschen Bielerturn aus, der andere betitelt seinen Aufsatz *Pour la langue française*; beide treffen sich darin, daß in Biel sorgfältigerer Unterricht in der Muttersprache, Pflege auch der fremden Sprache, Achtung vor der Sprache des andern not tun. Fremdwörterei und Sprachvermengung kommen dabei schlecht weg; man schätzt sie hier keineswegs wie anderswo etwa als waterländisches Kennzeichen unseres Dreisprachenstaates.

Nun hätten wir noch mit der italienischen Nachbarschaft zu tun,

mit Tessin und Graubünden. Da ist aber immer dasselbe zu sagen: Zeitungen Italiens klagen über eine angebliche Verdeutschung des Tessins; sie tun es nicht um den Uebelstand zu beheben, den es gar nicht gibt, sondern um in Italien Stimmung zu machen für die Befreiung des Tessins, wenn einmal die Stunde geschlagen haben wird. Zwei oder drei bekannte tessinische Landesverräter helfen ihnen dabei. Der « Démocrate » von Delsberg wäre nicht mehr er selbst, wenn er nicht zuweilen sein Einverständnis bekundete. Dann widerlegt die vaterländisch gesinnte Presse die italienischen Behauptungen mit unbestrittenen Zahlen, erinnert bescheiden daran, daß wir in der Schweiz Niederlassungsfreiheit haben, und daß schließlich unsre innern Vorgänge die ausländische Presse nichts angehen. (Gut z. B. der „Bund“ vom 7. Heumonat.) Nun wird es für einige Monate still, und dann fängt das Spiel von neuem an. Auch das ist nicht neu, daß etwa eines unserer deutschen Blätter einen Teil der italienischen Klagen berechtigt findet und damit den Irredentisten und Faschisten hilft. Weshalb also jedes Jahr auf Einzelheiten eingehen? Nur eine Frage möchte ich heute stellen: kommt es wohl außer bei Deutschen irgendwo in der Welt vor, daß einer sich über Entgegenkommen gegen die eigenen Volksgenossen beschwert, ja geradezu Maßnahmen gegen das eigene Volkstum verlangt? So etwas leisten sich deutsche Schweizer, denn die „Neue Berner Zeitung“ (22. Brachmonat) findet, die Tessiner kämen „allzu dienstbeflissen der fremden Kundschaft deutschsprachig entgegen“, und das „Emmentaler Blatt“ (13. August) schreibt in demselben Sinne: „Einmal sollte der Kanton weniger freigebig mit der Niederlassungsbewilligung sein und vor allem (also doch auch gegen die Schweizer!) gegenüber den Reichsdeutschen, ob bürgerlichen oder fürstlichen Geblüts, größerer Zurückhaltung sich befleißigen. Sodann ist auch die Willfährigkeit der dortigen Verkäufer, die Kunden deutsch zu bedienen und ihnen in jeder Beziehung entgegenzukommen, völlig verfehlt. Hier sollte gleichzeitig die Erziehungsarbeit einsetzen und unterstützt werden von allen guten deutschsprechenden Freunden des Tessins.“ Man denke sich welsche Blätter, die uns den Rat gäben, der welschen Kundschaft nicht so „in jeder Beziehung entgegenzukommen“ und gegen welsche Schweizer und Franzosen „weniger freigebig mit der Niederlassungsbewilligung zu sein.“ Wer kann sich das vorstellen?

Einmütig, so viel ich sehe, hat sich unsre Presse gegen die Unverschämtheit und dreiste Fälschung eines Paul Monelli gewendet, der

(siehe „N. Zürcher Zeitung“ vom 30. Weinmonat, „Oltener Tagblatt“ vom 1. Weinmonat) im „Corriere della Sera“ die Schweizer bezichtigt, sie hätten, um das italienische Volkstum im Engadin zu mordeten, hier die rätoromanische Mundart in der Schule eingeführt und so die Engadiner gezwungen, das Deutsche zur Verkehrssprache zu machen. Hier ist nicht näher darauf einzugehen. Wir erblicken in diesem Vorgehen nur den Beweis, daß die Befreiungspflichten, für die man in Italien die Nation erziehen will, nicht an der italienischen Sprachgrenze und an der Wasserscheide des Mittelmeeres haltmachen, sondern sich auf ganz Graubünden erstrecken. Schon sind sogar aus den romanischen Ortsnamen Sargans, Baduz, Salez, Bregenz die entsprechenden Schlüsse gezogen worden.

* * *

Ich komme zum Ausland. Die beiden Nachbarländchen, Elsaß und Südtirol, haben da immer den ersten Anspruch auf unsere Aufmerksamkeit. In beiden kämpft ein Brudervolk um das Recht seines Volkstums gegen gewalttätiges Romanentum, das alle staatlichen Rechtsmittel in seinen Händen hat. Aber sonst: welch verschiedene Lage!

Die Aussichten sind in Südtirol für den Augenblick trostlos. Der Feind, das Königreich Italien, ist zurzeit innerlich der stärkste und vielleicht der am straffsten gelenkte Staat Europas. Alle Hemmungen und Rücksichten auf Mehrheiten oder gar Minderheiten, auf Parteien, auf Volksvertretung, Verfassung, Wahlrecht, Rede- oder Preßfreiheit, Menschlichkeit, liberale Ueberlieferung, gegebenes Wort, fallen weg: Der Wille zur Macht weiß von alledem gar nichts. Zudem ist Italien frei, Südtirol rein als Eroberung zu behandeln, es hat nie behauptet, die Bozener wären schon lang gern Italiener gewesen, und darf ihnen offen Feindschaft entgegenbringen. Ich weiß nicht, ob die letzten Jahrhunderte, glaube nicht, daß das letzte Menschenalter je eine vollständigere Unterdrückung einer Volkssprache gesehen hat. Die Türken schlachteten zwar zu Tausenden die Armenier, die Menschen hin, aber ihr Kampf galt der Religion, nicht dem Volkstum. Auch hat Italien in diesem Kampfe nicht wie Frankreich im Elsaß es mit einer Aufgabe zu tun, die ihm schon früher gestellt war; völlig ohne die Bindungen der Erfahrung geht der noch nicht 70 Jahre alte Staat an sein Werk: „Das sollte doch sonderbar zugehen, wenn das nicht zu machen wäre.“ Nun, ob es zu machen sei, werden ja die nächsten Jahrzehnte zeigen, aber vor-

derhand wird es nun dahin kommen, daß vom Deutschtum Südtirols nichts zu sehen und zu hören sein wird. Zur Stunde ist es schon so weit, daß beinahe nur noch der nicht öffentliche mündliche Gebrauch der deutschen Sprache ungestraft möglich ist. Gasthäuser und Weinstuben werden gesperrt, wenn darin deutsche Lieder gesungen worden sind; Anzeigen, Aufschriften, Schilder, Fahrpläne, auch Mitteilungen privater Art dürfen nur noch italienisch sein, das gilt selbst für Aufschriften auf Wäsche, Bestecken, Gläsern, Flaschen. Abkragen genügt nicht, die bisherigen Aufschriften müssen vollständig entfernt werden. Die deutsche Predigt wird den Pfarrern verboten. („Neue Freie Presse“ vom 14., 20., 24. Weinmonat). Der neuernannte außerordentliche Faschistenkommissar von Bozen, Giarratano rühmt sich (L’Ambrosiano vom 24. April), aufs neue 400 deutsche Lehrer abgesetzt zu haben, 120 allein in diesem Jahre, und vom Jahr 1929 an werde die letzte Spur deutschen Unterrichtes verschwunden sein. Immer noch gibt es in Deutschland Leute, die an eine Hilfe für die armen Südtiroler denken. Im „Bund“ vom 26. Weinmonat liest man von einer Interpellation der demokratischen Reichstagsfraktion: „Was gedenkt die Reichsregierung zum Schutz der Südtiroler zu tun?“ Die italienische Regierung hat schon oft deutlich gezeigt, daß da keine Reichsregierung etwas tun darf. Selbst der Berliner Tagung des Weltverbandes der Völkerbundsvereinigungen im Mai wurde von der italienischen Vertretung erklärt, die Vereinigung haben nicht das Recht und tue nicht gut daran, sich in diese inneren Angelegenheiten Italiens einzumischen. Den widersprechenden Engländern und Holländern hielt man einfach Staatsnotwendigkeiten entgegen. In Genf rührt man sich nicht, denn Italien könnte ja mit dem Austritt aus dem Völkerbund drohen und ihn damit sprengen. Keine Macht der Erde vermag hier etwas zu tun. Ducken und warten und dabei an das denken, was vor 20 Jahren Finnland war und die Ostseeprovinzen, und was sie heute sind Einst wird kommen der Tag. —

Ganz anders steht die Front im Elsaß. Von einem Siege gibt es noch nichts zu reden, aber mehr als eine Schlacht ist von dem kämpfenden Volk gewonnen worden. Dieses Volk mußte zuerst sich selbst wiederfinden; das war seine erste gewonnene Schlacht, als es wieder dazu zu stehen vermochte: wir sind keine Franzosen, sondern von eigener Art, die Franzosen sind ganz andere Menschen als wir, unser Elsäßerditsch ist nicht irgend ein Patois, sondern die

Gestalt, in der wir das Deutsche unsere Muttersprache nennen; nicht damals waren wir unterdrückt, als man uns eine saubere deutsche Verwaltung gab und uns deutsche Lieder singen lehrte, sondern jetzt sind wir es, wo unsere Kinder ihren Eltern keinen verständlichen Brief mehr schreiben können und landfremde Gendarmen uns mit dem Knüttel französisch sprechen heißen. Und eine weitere Schlacht war gewonnen, als es mit keiner Kunst mehr gelang, die elsässische Freiheitsbewegung totzuschweigen oder mit dem freundlichen Namen *malaise alsacien* besänftigend abzutun; jetzt muß selbst eine noch so wenig dazu geneigte Schweizerpresse zugeben, daß es eine elsäß-lothringische Frage gibt, und Frankreich steht da als derjenige, der seit bald 60 Jahren die Welt über Elsaß und Lothringen getäuscht hat. Und der dritte Erfolg ist, daß immer klarer als das eigentlich wichtige Gut und Merkzeichen des Elsässertums eben die deutsche Sprache erscheint d. h. dasjenige, was unleugbar nicht französisch ist.

Noch steht das Schwerste bevor. Dem fremden Staate und seinem Einstampfungswillen ist noch nichts abgetrotzt worden als ein mit großem Tamtam rausposauntes winziges Zugeständnis: Die um ein halbes Jahr früher angelegten Deutschstunden in den Volksschulen, — wahrscheinlich ein bloßes Wahlmanöver und nach den bisherigen Erfahrungen leicht in der Durchführung unwirksam zu machen; es wird kein Lehrer bestraft werden, weil er sich im Deutschunterricht nachlässig oder dazu ganz unfähig erweist. Und bevor an ein ernstliches Nachlassen der Verwelschungs- und Unterdrückungs-politik zu denken ist, muß dem Sichselbstfinden des elsässischen Volkes noch erst das Sichselbstwollen folgen. Noch sind die Führer nicht beseitigt, die sich zu Handlangern der landfremden Regierung haben mißbrauchen lassen, weil sie für ihre Person und Familie den Uebergang zum Franzosentum schon vollzogen hatten und nicht für Volksgüter einzustehen vermögen, an denen ihnen selbst nichts liegt. Die politischen Parteien sind es, die entweder ihre Führer ersetzen oder sich auflösen müssen, wenn das Elsaß seine Freiheit bekommen soll. Aber die politischen Gewohnheiten des französischen Parlamentarismus sind dazu angetan, gerade das zu begünstigen, zu züchten, was dem elsässischen Volk am verderblichsten ist: ein Führertum, das seine eigene Sache, nicht die des Volkes sucht, das einmal alle vier Jahre, vor der Wahl, vor das Volk tritt, mit Hilfe des Parteiapparates sich in die Sessel schwingt und dann ganz allein dafür lebt: wie halte ich mich da fest und wie kann ich meine Ge-

schäftchen weiter mit Erfolg machen? Gegenwärtig wird der Versuch gemacht, an Stelle der Parteien eine andere Gruppierung zu setzen und an Stelle der Leit- und Streitworte: hie Baienstaat — hie kirchlicher Staat! die Frage: freies Elsaß oder französisches Departement? Die Entscheidung liegt bei der großen katholischen Volkspartei. Hier ringt ein halb oder ganz französisch eingestelltes Führertum an der Seite des fanatisch französischen Bischofs von Straßburg mit dem volkstümlichen Flügel der Partei, der davon überzeugt ist, daß ein freies, deutsch sprechendes und denkendes Elsaß ein christliches Elsaß sein wird, Aufgehen in Frankreich aber gleichbedeutend mit Entkirchlichung. Und aus derselben Erkenntnis heraus ist die sozialdemokratische Partei mit ihren jüdischen Führern die einzige noch ungeteilt französisch gesinnte Partei im Elsaß. Die damit nicht zufriedenen Parteigenossen sind zu den Kommunisten übergegangen; hier tritt man für Volksbefragung, ja offen für Lostrennung von Frankreich ein. Dazwischen stehen die nicht sehr starken demokratischen und liberalen Gruppen. Von Paris aus sucht man durch Versprechungen und geschicktes Lavieren in jeder Partei den französischen Flügel zu stärken, vor allem aber die Parteien zusammenzuhalten und die Bildung einer elsässischen Einheitsfront zu verhindern. Daneben fehlt es nicht an Anzeichen, daß man es mit der Diktatur versuchen will. Gewalttätigkeiten, empörende Gerichtsurteile, Ungesetzlichkeiten aller Art hat es schon lange gegeben; aber ein Regiment, wie es in Südtirol besteht, ist in Frankreich nicht möglich, weil hier der Staat mit seinen auf die französische Revolution aufgebauten Ueberlieferungen nicht brechen kann; zudem bedeutet in der Welt, für die europäische öffentliche Meinung das Elsaß doch viel, viel mehr als Bozen und Meran: Frankreichs politisches Ansehen ertrüge eine Erdrosselung des Elsaßes nicht. Und schließlich: Deutschland ist auch noch da und bedeutet mehr als der Landtag in Innsbruck. Immerhin, es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die französische Regierung durch die Entwicklung der Dinge im Elsaß zu einer rücksichtslosen Ausrottungspolitik im Stile Mussolinis drängen läßt.

Augenblicklich ist die Frage, ob und wie die elsässische Bewegung schon bei den Kammerwahlen im Frühling Erfolge zeitigen werde, im Vordergrund für die allgemeine Aufmerksamkeit. Zwar wird das noch keinen Wendepunkt in der Geschichte bedeuten; denn ein Duzend Heimatrechtler unter den 600 Abgeordneten in Paris

würde keinen Umschwung in der französischen Politik herbeiführen. Aber ihre Wahl wäre aus einem andern Grunde von Wichtigkeit: in Frankreich noch mehr als anderwärts gilt die Kammerwahl als Ausdruck der Volksstimmung; die Franzosen wollen noch immer nicht zugeben, daß die Heimatbewegung mehr als eine lärmende Maché von Neuelfässern reichsdeutscher Abkunft, alten deutschen Offizieren und ehrgeizigen Eigenbrötlern sei. Diese Auffassung wird sich durchsetzen, wenn die alten Parteiführer bei den Wahlen siegen; ein Wahlsieg der Heimatrechtler würde auch den Franzosen beweisen, daß es eine Volksbewegung ist, die im Elsaß für deutsche Sprache und Sonderart kämpft. Der Ausgang der Wahlen ist deshalb mit Spannung zu erwarten. Er ist aber durchaus ungewiß.

Im einzelnen ist zu berichten: der voriges Jahr von uns besprochene Entwurf zur Niederschlagung von sonderstaatlichen Bewegungen ist nicht Gesetz geworden. Der kommunistische Abgeordnete Hueber hat zum zweitenmal versucht, in der Pariser Kammer deutsch zu sprechen, wie er es schon früher einmal ohne Schaden hat tun können, wurde aber diesmal durch die „Regie“ daran verhindert („Luzerner Tagblatt“ vom 25. Wintermonat 1926, La Lanterne vom 27. Wintermonat 1926). Die „Bewegung“ verfügt im Elsaß nunmehr über mehrere Blätter, die ganz in ihrem Dienste stehen: außer dem führenden Wochenblatt „Die Zukunft“ ist da eine Tageszeitung, „Die Volksstimme“ und dann das Wochenblättchen „Die Wahrheit“ des jungen Zorn v. Bulach, ein Schimpf- und Streitblättchen, von dem wohl gesagt wird, niemand nehme es ernst, das aber die höchste Auflage (60,000) unter allen Blättern im ehemaligen Reichsland hat; hier werden die Franzosen als Leute behandelt, die im Lande nichts zu suchen hätten, von französischen Truppen wird als von „fremdem Militär“ gesprochen, die welschen Beamten werden Gefindel genannt. „Müs müen sie“ ist der Schlachtruf. Claus Zorn sitzt öfter im Gefängnis als auf der Redaktionsstube, seine Mitarbeiter verfallen von einer Buße in die andere, der Verkauf des Blattes wird hintertrieben mit allen Mitteln. Aber: 60,000 Abzüge jede Woche, und zur Unterdrückung der Presse fehlt es doch an einem Gesetz. Erwähnenswert ist auch, daß die elsässischen Heimatrechtler sich mit den nordfranzösischen Flamen, den Bretonen, Basken und Korsen in Verbindung gesetzt haben und sich mit ihnen in gemeinsamen Tagungen treffen, dabei auch — mitten in Frankreich — mit deutschen Reden auftreten. Das ist klug. Sie schaffen sich damit

Freunde in Frankreich und knüpfen da an, wo sie allenfalls Verständnis finden können. Frankreich, das den Sprachnationalismus zur Auflösung Oesterreichs und Ungarns und zur Zerstückelung Deutschlands benutzt hat, nachdem es ihn in der ganzen Welt zu diesem Zweck in Schwung gebracht hatte, muß jetzt denselben Gegner im Innern kennen lernen. Diesen Herbst hat sich endgültig auf die Wahlen hin eine „Autonomistische Partei Elsaß-Lothringens“ als neue politische Partei gebildet („Zukunft“ vom 28. Herbstmonat, „Bund“ vom 30. Herbstmonat). Dreihundert Vertreter waren dabei zugegen. Von den dabei aufgestellten Parteizielen sei hier nur die zweite Nummer angeführt, die unsere Muttersprache betrifft: „Unsere angestammte Sprache muß erhalten und wieder zur Grundlage der Volksbildung gemacht werden. Sie soll auch im höhern Schulwesen, wie überhaupt im öffentlichen Leben, namentlich in Verwaltung und Gericht, aber auch im kirchlichen Leben die ihr gebührende erste Stelle einnehmen. Die französische Sprache soll in der Volksschule gelehrt werden, jedoch als eine Fremdsprache, die sie tatsächlich für uns ist. Die Ausdehnung des französischen Sprachunterrichts ist von Schulfachleuten festzusetzen. Besonderer Wert ist auf den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Universität von Straßburg auf der Grundlage unserer Kultur und im Sinne der Zusammenarbeit der Völker zu legen.“ Der Saal war in den elsässischen Landesfarben: weiß-rot — ohne Blau — geschmückt, an den Wänden las man die Worte: Selbstbestimmungsrecht, Muttersprache, Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern! Da wurde deutlich gesprochen, von den Franzosen der Ausdruck: die fremden Herren, von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ der respektlose Ausdruck: die verlogene Devise gebraucht, und von der neuen Herrschaft meinte der Vorsitzer: „Unser Volk war doch etwas Besseres gewöhnt.“ Trennung von Frankreich verlangt die Partei nicht; aber „das Wohl unserer Heimat und unseres Volkes geht uns unter allen Umständen über alles. Nicht an uns kann es liegen, die Frage der Trennung zu beantworten, sondern an Frankreich ganz allein, indem es die Frage in einem für beide Teile günstigen Sinne löst. Wir jedenfalls werden uns nur mit der besten Lösung zufrieden geben.“ Bon Vive la France hörte man da nichts; ohne Haß, aber auch ohne Liebe wurde von Frankreich gesprochen, die bei öffentlichen Versammlungen noch vor vier Jahren unvermeidlichen Huldigungsredensarten blieben aus: für diese Elsässer ist Frankreich nicht

Vaterland, nicht Mutterland, sondern einfach eine Tatsache, mit der man sich auseinandersetzen muß¹⁾.

Werfen wir einen Blick auf andere Gebiete, aus denen uns Nachrichten vorliegen. Es ist nicht immer leicht, die Wahrheit zu erfahren. Aus dem T s c h e c h e n s t a a t liest man von einem Einlenken der Regierung, von Ministerreden über das Verhältnis von Deutsch und Tschechisch, wie man sie bisher nicht für möglich hielt, und von der Neuerrichtung deutscher Schulen, 100 deutscher Parallelklassen in Böhmen („Neue Glarner Zeitung“ vom 28. Herbstmonat). Der schweizerische Zeitungsleser muß denken: da hat sich das Blatt gewendet. Die Sachkundigen sagen uns: nichts hat sich gewendet, die Regierung hat in nichts ihre Haltung geändert, die betreffende Ministerrede war mit bestimmter Absicht zum Fenster hinaus gesprochen, und die 100 deutschen Schulklassen sind veranlaßt durch ein natürliches starkes Anwachsen der Schülerzahl 9 Jahre nach Kriegsende; sie sind einfach notwendig und reichen nicht entfernt an das Bedürfnis heran, sollen auch in keiner Weise etwa aufgehobene deutsche Schulklassen ersetzen.

Aus den O s t s e e s t a a t e n hört man, den Professoren der Universität Riga, die noch russisch gelesen hätten, sei vorgeschrieben worden, von diesem Winter an deutsch zu lesen („Deutsche Allg. Zeitung“ vom 7. Weinmonat, „Hamburger Nachrichten“ vom 6. Weinmonat); anderseits erklärt im „Hannoverschen Kurier“ (5. August) ein Deutsch-Balte, daß und warum die Deutschen in Lettland, zumal auf dem Lande, in einem Maße an Zahl zurückgehen, das wenig Hoffnungen auf die Zukunft des Deutschtums in den Ostseeprovinzen zulasse.

In einen harten Streit um deutsches Sprachrecht ist unser Engadiner Landsmann Calonder verwickelt. Er soll als Beamter des Völkerbundes für die Innehaltung der Polen und Deutschland verpflichtenden Abmachungen in O b e r s c h l e s i e n Sorge tragen. Wir hören nichts davon, daß ihm die deutsche Verwaltung in Preussisch-Oberschlesien Anlaß zum Einschreiten gegeben habe. Dagegen ist er auf den Widerstand der polnischen Behörden gestoßen, die mit

¹⁾ Der Bericht war eben geschrieben, als die Nachrichten von der neuen Wendung der Dinge im Elsaß eintrafen: Die genannten elsässischen Zeitungen sind verboten, die Heimatbewegung durch eine große Zahl von Verhaftungen ihrer Führung beraubt worden, selbstverständlich zunächst auf die Wahlen hin. Sehr viel hat nun Frankreich dem italienischen Unterdrückerstaat nicht mehr vorzuwerfen.

unerhörter Verbohrtheit verbrieft Abmachungen mit Füßen treten und sich entgegen klaren Bestimmungen das Recht anmaßen, selbst zu bestimmen, welche Kinder die deutschen Schulen besuchen dürfen. Die Sache wurde vor den Völkerbundsrat gebracht, wo dann schließlich der Ausweg gefunden wurde, ein Schweizer Schulmann sollte die in Frage kommenden Kinder prüfen, ob sie als polnisch oder als deutsch zu gelten hätten. Auch das ist aber vertragswidrig, die Verträge verbieten die behördliche Nachforschung über die Muttersprache der Schulkinder und geben den Eltern das Recht, die Schule zu wählen. („Neue Zürcher Zeitung“ vom 9. März). Der Völkerbund nimmt auch hier wieder eine zweideutig schwächliche Haltung ein. Sein Verdienst ist es nicht, daß bei den Verhandlungen in Genf seit dem Beitritt Deutschlands unsere Sprache gelegentlich hervortritt. In einer Ratsitzung soll es dazu gekommen sein, daß die ganze Verhandlung auf deutsch geführt wurde, weil der deutsche und der Danziger Vertreter die Hauptbeteiligten waren und sich dann zeigte, daß die übrigen Herren recht gut deutsch verstanden.

Bei einer andern Gelegenheit aber hat Genf vollends einen Begriff von der Bedeutung unserer Sprache bekommen: beim diesjährigen Minderheitenkongreß. Da saßen die Vertreter von 40 Millionen Menschen und sprachen sich über ihre Rechte aus, und zwar: auf deutsch.

Eduard Blocher.
